# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag- und Postgebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

**Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.**

Nr. 55 — 90. Jahrgang — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" — Wilsdruff-Dresden — Postscheck: Dresden 2640 — Freitag, den 6. März 1931


## Was wird Hindenburg tun?

Im politischen, namentlich im parteipolitischen Leben ist die taktvolle Behandlung, ist die Delikatesse" bei der Besprechung eines Ereignisses oder eines Vorhabens überaus „kostbar", denn sie hat — „Raritätswert"; sie ist eine Seltenheit, die sich angesichts der zur Gewohnheit gewordenen Robustheit im politischen Dasein von heute schon fast ganz verloren hat. Um so schärfer muß man darauf dringen, daß sogar in der parteipolitisch überhitzten Atmosphäre von heute eine Angelegenheit taktvoll behandelt wird, die eigentlich außerhalb dieser Atmosphäre steht oder wenigstens stehen sollte. Die kommende Reichspräsidentenwahl ist nämlich ganz überraschend zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden, obwohl die Amtszeit unseres jetzigen Reichspräsidenten noch länger als ein Jahr währen wird.

Gerade nämlich diese Tatsache, daß die Neuwahl des Reichspräsidenten im April nächsten Jahres erfolgen soll, macht manchen Kreisen ein gewisses Kopfzerbrechen. Man verweist darauf, daß im Februar 1932 die große Abrüstungskonferenz stattfinden wird und — das sei eine derart wichtige und bedeutungsvolle Angelegenheit für die deutsche Politik und das ganze deutsche Volk, daß die dorthin gerichteten Blicke nicht durch einen Wahlkampf um die Person des künftigen Reichspräsidenten abgelenkt werden sollten. Und von anderer Seite wieder bringt man gegen eine derartige Neuwahl die Einwendung vor, unsere innenpolitischen Verhältnisse ständen sozusagen „auf Hauen und Stechen", was ja leider richtig, sogar wörtlich richtig ist: und daher sollte man einen neuen politischen Kampf, der die Lage noch mehr verschärfen müßte, möglichst zu vermeiden suchen.

Manche Menschen in Deutschland machen sich also Sorgen um eine später wichtig werdende Angelegenheit, — als ob wir nicht Sorgen genug um das Heut und Morgen hätten! Man schlägt auch gleich Verfassungsänderungen vor, um die Neuwahl zu umgehen: Verlängerung der Amtszeit des jetzt amtierenden Reichspräsidenten — wie dies seinem Vorgänger Ebert gegenüber geschehen ist — entweder um ein paar Jahre, bis mehr Beruhigung eingetreten sei, oder auf Lebenszeit. Von anderer Seite wieder empfiehlt man aus ähnlichen Gründen gleich eine radikale Änderung der Wahlmethode: nicht das Volk, sondern die Volksvertretung sollte den Reichspräsidenten wählen, also ähnlich der Art, wie das in Frankreich geschieht. Aber das sind alles politische Kartenhäuser, die von der einen Tatsache schon umgeblasen werden, daß im gegenwärtigen Reichstag für eine derartige Verfassungsänderung bzw. -reform die notwendige Zweidrittelmehrheit gar nicht zusammenzubringen wäre.

Eins jedenfalls ist aus der etwas übereifrig angeregten Debatte über diese ganze Sache zu entnehmen: Die Strömungen im deutschen Volk sind sehr stark, die es von Herzen und aus nüchternen politischen Erwägungen heraus außerordentlich begrüßen würden, wenn Hindenburg über seine gegenwärtige Amtszeit hinaus der Repräsentant des deutschen Volkes bleiben, wenn er eine etwa auf ihn fallende Neuwahl wieder annehmen würde. „Wiederwahl ist zulässig" heißt es in der Verfassung. Aber zuerst und vor allem käme es doch darauf an, zu wissen, ob Hindenburg selbst dazu bereit wäre! Von fast allen „Konkurrenten", die in der Öffentlichkeit sonst noch genannt werden, steht jedenfalls fast immer das eine fest: sie sind von einer parteipolitischen Atmosphäre umgeben, wobei man freilich das Wort „Parteipolitik" nun nicht in einem allzu engen Sinne verstehen soll. Aber obwohl das ja an und für sich nicht unbedingt ein Fehler sein muß, so würde das deutsche Volk sich bei einer Neuwahl seines Reichspräsidenten sicherlich von ganz andern Stimmungen und Erwägungen leiten lassen als von Parteikommandos. Man nennt da Dr. Otto Geßler, den langjährigen Reichswehrminister, oder Dr. Otto Braun, der zurzeit ebenfalls und schon sehr lange preußischer Ministerpräsident ist und 1925 als Kandidat für die Reichspräsidentenschaft aufgestellt war. Manche spielen mit dem Gedanken, es sollte „dem General ein General zum Nachfolger gegeben werden", womit der Generaloberst von Seeckt gemeint ist. Von so manchem Politiker spricht man zwar ernsthaft nicht als Kandidaten, aber — er selbst mag wohl ernsthaft daran denken, es zum mindesten zu werden! Außerdem ist ja noch ein ganzes Jahr Zeit; vielleicht wird inzwischen ein neuer Mann genannt werden, ein neuer Mann auftauchen, den eine Neuwahl aus den Niederungen des Parteimäßigen emportragen würde. Wahrscheinlich ist's allerdings nicht. Und so spitzt sich, nüchtern und praktisch gesehen, doch alles auf die eine Frage zu: Was gedenkt Hindenburg zu tun? Denn niemand in Deutschland zweifelt wohl ernsthaft daran, daß diesem Mann eine Wiederwahl weit mehr Stimmen bringen würde als vor sechs Jahren.

Und jene Frage: Was wird Hindenburg tun? hat das deutsche Volk nicht bloß in den sechs Jahren seiner Amtszeit als Reichspräsident gestellt. Diese Frage bewegte unsere Herzen schon früher immer und immer wieder in Deutschlands schwerster Zeit. Nicht mehr lange, nur noch etwa einem Jahr, wird sie wieder gestellt werden, gerade darum, weil wir auch jetzt wieder in Not sind. Dann wird es wieder wie so oft in den letzten langen Jahren heißen: Was wird Hindenburg tun?

# Reich und Länder

## Lärm um Wirth.

**Der Reichsinnenminister vor dem Reichstag.**

Wenn der Reichsinnenminister an zwei Tagen der Beratung seines Haushalts nur anwesend war, aber nicht das Wort ergriff, so hatte das keine inneren, sondern nur äußere Gründe, und die hießen: Grippe, Fieber, schwerste Heiserkeit. Das alles scheint er aber am dritten Tage fast restlos überwunden zu haben. Denn die lange Rede, die er hielt, war nicht etwa eine vorsichtige, auch nur stimmlich zurückhaltende Verteidigung gegen die Bedenken, die Vorwürfe, die Angriffe usw., die im Laufe der Debatte gegen ihn gerichtet waren, sondern das war eine Angriffsrede. Und zwar ein Angriff von großer Schärfe zuerst gegen rechts und dann gegen ganz links. Man weiß, daß Wirth ein temperamentvoller Redner war, ist und vermutlich auch wohl bleiben wird.

Diese temperamentvolle Deutlichkeit entwickelte er in überwiegendem Maße gegen ganz links. Daß die hier anwesende Opposition, die Kommunisten, durch Dauerzurufe, Sprechchöre usw. antworteten, bis sie durch den Präsidenten einigermaßen gebändigt waren, hat schließlich seinen Grund auch darin, daß der Minister die deutsche Kultur eben vor allem vom Bolschewismus bedroht glaubt. Aus politischen Motiven heraus wendet er sich gegen den Nationalsozialismus. Es ist ein einigermaßen peinliches Gefühl, mitanhören zu müssen, wie groß die Abgründe zwischen ihm, dem Reichsminister, und den Innenministern verschiedener Länder klaffen. Aber politisch von viel wesentlicherer Bedeutung ist es doch, daß Dr. Wirth, der als Reichskanzler einst den Vertrag von Rapallo mit Sowjetrußland abgeschlossen hat, nun zum Schluß und Höhepunkt seiner Rede erklärte, „daß die Frage der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit dem russischen Volke im Reichskabinett mehr als einmal vor einer Entscheidung gestanden hat". Das klingt zwar nicht nach einer Drohung, wohl aber nach einer Warnung, nach einer Warnung, in der des Deutschen Reiches Innenminister mit seinen Kollegen in anderen Ländern übereinstimmt.

*

### Sitzungsbericht.

(37. Sitzung.) CB. Berlin, 5. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragen die Kommunisten, einen Antrag zu beraten, wonach ein Abbau der Löhne der Arbeiter bei Reichsbehörden nicht erfolgen, sondern im Gegenteil eine Lohnerhöhung eintreten soll. Da dem Antrag widersprochen wird, kann er nicht mehr auf die Tagesordnung gesetzt werden. Es folgt die Weiterberatung des Haushalts des Reichsinnenministeriums.

Abg. Schmid-Düsseldorf (Dt. Vp.) verweist darauf, daß die politische Gesamthaltung des Reichsinnenministeriums mit den Anschauungen der Deutschen Volkspartei keineswegs übereinstimme, aber die Partei könne in diesem Augenblick

**die politischen Folgerungen daraus nicht ziehen,**

denn die Rücksicht auf die politische Lage und die Persönlichkeit des Reichskanzlers verböten das. Lebhaftem Bedauern begegne die zunehmende Politisierung des Rundfunks. Dann behandelt der Redner

**den Wahlreformentwurf des Ministers**

und bezeichnet ihn als einen völlig unzulänglichen und einseitigen Lösungsversuch. Der Entwurf laufe auf eine Mundtotmachung der bürgerlichen Mitte hinaus und werde von der Deutschen Volkspartei entschieden bekämpft werden. Nachdrücklich müsse die Regierung der kommunistischen Gefahr entgegentreten. Beim Nationalsozialismus dürfe man die glühende nationale Leidenschaft und die ideellen Momente nicht verkennen. Unerträglich sei der gegenwärtige

**politische Zustand in Preußen,**

**und deswegen werde die Deutsche Volkspartei sich nachdrücklich für das vom Stahlhelm eingeleitete Volksbegehren einsetzen, für dessen ungestörte Durchführung der Reichsinnenminister als Hüter der Verfassung zu sorgen habe.**

### Der Reichsinnenminister hat das Wort.

Er führte u. a. aus: Ich habe mich loyal an die Richtlinien der Politik gehalten, die nach der Verfassung der Reichskanzler aufstellt. In diesem Rahmen liegt auch mein Verhalten in der Thüringer Polizeiangelegenheit. Der Abg. Schmid nimmt zu diesen Dingen eine andere Stellung ein als sein Parteifreund von Kardorff, von dem das Wort von der

**„thüringischen Zwangsehe"**

stammt und der auch gesagt hat, es tue ihm in der Seele weh, wenn er seine politischen Freunde in Thüringen in der Gesellschaft der Nationalsozialisten sehe.

**Aufgehoben worden ist die Sperre der Polizeigelder gegen Thüringen, nachdem in dem Vergleich mit diesem Lande uns der Vorsitzende des Staatsministeriums, Baum, die nötigen Zusicherungen gegeben hat.**

Der Minister wendet sich dann nach rechts und erklärt den Auszug der äußersten Rechten aus der Politik als einen Kollektivschritt, wie er nur im Lande der Dichter und Denker möglich sei. Durch

**das unsinnige Gerede vom Bürgerkrieg**

wird aber vor allem die schwere Wirtschaftskrise unter der wir leiden, nur noch verschärft. Selbstverständlich werden die Länderminister einem solchen Versuch mit allen Mitteln begegnen wollen und auch können. Der thüringische Innenminister Dr. Frick spielt nun mit dem Gedanken, in Weimar eine Art

**Parlament der nationalen Opposition**

zu schaffen. Demgegenüber sei festgestellt: Die Herren mögen sich getrost in Weimar oder meinetwegen auch in einem Saal dieses Hauses zusammensetzen, dagegen wird nichts einzuwenden sein. Aber etwas anderes ist es, wenn ein verfassungsmäßiger Innenminister eines Landes vor der Jugend mit einem solchen nicht ganz mißzuverstehenden Begriff spielt.

Das wäre eine revolutionäre Tat, und es müßte hiergegen das eingesetzt werden, was als Reichsexekution in der Verfassung vorgesehen ist.

Minister Frick hat erklärt, daß er und nicht der Reichsinnenminister über das Deutsche Nationaltheater in Weimar zu verfügen habe. Ich darf darauf hinweisen, daß Thüringen aber auch

**einen Reichsbetrag für dieses Theater bekommt,**

(große Heiterkeit) und daß zur Aufstellung einer solchen Farce wie eines Parlaments der nationalen Opposition Reichsgelder keine Verwendung finden dürfen. (Beifall.) Der Minister erklärt zu den Wünschen über einen ausgedehnteren

**Gas- und Luftschutz,**

daß seit längerer Zeit alles getan worden sei, was hierin getan werden muß. Besser freilich wäre es, wenn an Stelle privater Einrichtungen solche notwendigen Dinge vom Staat selbst in die Hand genommen würden. Zu den Vorgängen in Braunschweig steht die Antwort der dortigen Regierung auf das Schreiben des Reichsinnenministeriums noch aus. Die Kompetenzen des Reichsinnenministeriums reichen übrigens keineswegs so weit, wie es vielfach angenommen wird, sondern der Minister ist hierin völlig abhängig von einer Zusammenarbeit mit den Länderministern. Vielleicht wird darin die Reichsreform eine Änderung zu bringen haben. Es ist so vielfach über

**die Wahlreform**

gesprochen worden. Daß sie notwendig ist, wird man wohl auf allen Seiten einsehen, weil wir sonst zu einer Staatskrise kommen. Es wird aber nicht angehen, diese Wahlreform so zu gestalten, daß nun keine Partei durch sie Schaden erleidet. Wegen des Rundfunks darf ich betonen, daß dort alle Richtungen zu Worte kommen, auch die Opposition. Hier handelt es sich aber vor allem darum, daß die Darbietungen mit dem größten Takt vor sich gehen. Wahre Toleranz — das ist hier die Hauptsache. Das gilt auch für

**das Reichsschulgesetz,**

das ja von mehreren Seiten verlangt wird. Es hat keinen Sinn, nochmals einen Entwurf einzubringen, wenn man weiß, daß unter den jetzigen politischen Verhältnissen im Reichstag doch nichts dabei herauskommen wird. Der Minister wendet sich dann

**gegen die Nationalsozialisten**

und erklärt, daß sich in der Agitation dieser Partei so manches an sogenanntem Neuen rege, das recht bedenklicher Natur sei. Das geplagte deutsche Volk bedürfe doch wirklich wohl der christlichen Barmherzigkeit, die von den Nationalsozialisten abgelehnt werde. Was sich in der Studentenschaft jetzt vielfach zeigt, ist kein frischer Jugendgeist, sondern eine Verrohung, die mit deutschem Kulturgut nichts zu tun hat, und es ist eine Staatsnotwendigkeit,

**die Universitäten und die Schulen wieder zu entpolitisieren.**

Unser Augenmerk wird sich weiter in sehr starkem Maße auch fernerhin auf den Radikalismus zu richten haben, der uns

**von der äußersten Linken**

her vorgesetzt wird. (Lebhafte Zurufe bei den Kommunisten.) Wir haben die Vorgänge mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. (Zuruf von den Kommunisten: „Hoffentlich auch mit Nutzen!" Heiterkeit.) Jawohl, mit großem Nutzen, und sind entschlossen, uns diese Dinge nicht auch nur noch einige Wochen länger gefallen zu lassen. (Fortgesetzte lärmende Zurufe bei den Kommunisten. Abg. Jaddasch greift in den Zurufen den Minister persönlich an und wird nach verschiedenen Ordnungsrufen schließlich aus dem Saal gewiesen.)

Diese barbarischen Roheitsauswüchse, so hebt der Minister mit Nachdruck hervor, müssen so schnell wie möglich beseitigt werden. (Händeklatschen in der Mitte und rechts. Lärm bei den Kommunisten und Zuruf: „Einen so rohen Menschen wie Sie gibt es ja gar nicht!" Ordnungsrufe an mehrere Kommunisten.)

Das uns vorliegende Material umfaßt Angriffe gegen alles, was an religiösen Werten überhaupt vorhanden ist. Ich glaube, auch im Namen eines großen Teiles der Arbeitslosen zu sprechen, daß sie sich diese Art und Weise der

**Beschimpfung des christlichen Glaubensgutes**

und der christlichen Sitte nicht länger gefallen lassen wollen. Ich werde an die Länder das Ersuchen richten, mit allen Mitteln dieser erbärmlichen Verhetzung auf den Gottlosenabenden ein Ende zu bereiten. (Händeklatschen in der Mitte und rechts, großer Lärm bei den Kommunisten, Ordnungsruf des Präsidenten.) Wir werden mit aller Energie einschreiten gegen diese Unkultur.

Die Entscheidung über die Frage der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit dem russischen Volke steht in dieser Stunde nicht zur Debatte. (Lachen bei den Kommunisten.) Das ist Sache des Außenministers. Was aber Tatsache ist und was Sie (zu den Kommunisten) beachten sollten, das ist, daß die Opposition in Deutschland jede politische Zusammenarbeit mit Rußland nicht nur erschwert, sondern daß sie gerade zu den Widerstand gegen diese Zusammenarbeit fördert und hervorruft. (Lebhafter Beifall in der Mitte. Lärm bei den Kommunisten.)

Abg. Petzold (Wirtschaftsp.) beschäftigt sich mit den Aufgaben des Reichsgesundheitsamtes. Der Redner wendet sich dann gegen den Arzneimittelgesetzentwurf, der nicht die Zustimmung der Industrie, des Handels, der Ärzte und anderer Kreise finde. Er schütze nur die Interessen der Apotheken.

Abg. Dr. Strathmann (Christl. Soz.) bedauert die Kürzung der Mittel, die für die wissenschaftlichen Forschungsanstalten Verwendung finden sollen. Zur Bekämpfung des Alkoholismus müssen größere Mittel aufgewendet werden. Der Redner wendet sich gegen die Verlegung der Gottlosenzentrale nach Berlin und erklärt den

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF